

Übersichten

Innenpolitik

* (1)

Neue Posten für drei führende radikale Reformkräfte

Zwei Tage vor dem zweiten Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung in Beijing bestätigte das ZK-Organ *Volkszeitung* am 2. Juni 1991 die Berufung von drei führenden radikalen Reformkräften zu stellvertretenden Ministern. Ohne nähere Erläuterungen wurde eine knappe Meldung der Nachrichtenagentur *Xinhua* vom 1. Juni abgedruckt, derzufolge der Staatsrat "kürzlich" u.a. folgende Personalbeschlüsse gefaßt hat:

- Ernennung von Hu Qili (1929) zum stellvertretenden Minister für Maschinenbau und Elektronikindustrie;
- Ernennung von Yan Mingfu (1931) zum stellvertretenden Minister für Zivilverwaltung;
- Ernennung von Rui Xingwen (1927) zum stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission.

Die drei Politiker, die dem gestürzten ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang nahe stehen, waren nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung auf der 4. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh (23.-24.6.1989) von ihren politischen Führungsämtern entlassen worden:

- Hu Qili verlor seine Funktionen als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, des Politbüros und des ZK-Sekretariats - als "ständiger" ZK-Sekretär hatte Hu bis dahin die tagespolitische Arbeit des ZK-Sekretariats geleitet und war damit der wichtigste Mitarbeiter von Zhao Ziyang an der Spitze der Parteibürokratie gewesen.

- Yan Mingfu verlor seine Ämter als als ZK-Sekretär (zuständig für die Politik der "Einheitsfront" mit nicht-kommunistischen Gruppen und Persönlichkeiten) und als Direktor der ZK-Einheitsfrontabteilung.

- Rui Xingwen verlor sein Amt als ZK-Sekretär (zuständig für Ideologie und Propaganda).

Allen drei Politikern wurde damals offenbar zur Last gelegt, daß sie für das Ausmaß der Protestbewegung verantwortlich gewesen seien und sich gegen den Einsatz der Armee ausgesprochen hatten. Im Gegensatz zu Zhao Ziyang verloren sie jedoch nicht ihren Sitz im Zentralkomitee.

Ihre nun erfolgte Wiederbestellung kann als Teilrehabilitierung bewertet werden, obwohl ihre neuen Positionen von nachgeordneter Bedeutung sind und inhaltlich nicht ihren früheren Arbeitsgebieten entsprechen. Ein gewisse Ausnahme bildet lediglich Rui Xingwen, der von Februar 1984 bis Juli 1985 schon einmal stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Planungskommission gewesen war.

Zweifelsohne geht die überraschende Teilrehabilitierung von Hu Qili, Yan Mingfu und Rui Xingwen auf eine entsprechende Intervention von Deng Xiaoping zurück. Mit diesen Personalentscheidungen soll möglicherweise signalisiert werden, daß die konservativ-orthodoxe Koalition jetzt im Interesse von "Stabilität und Einheit" bereit ist, auch jene radikalen Reformkräfte innerhalb der erweiterten Führungselite zu tolerieren, die in ihren Augen schwerwiegende politische Fehler begangen haben.

Angesichts dieser Personalentscheidungen stellt sich erneut die Frage nach dem weiteren Schicksal von Zhao Ziyang. -sch-

*(2)

Chen Yun traf mit alter und neuer Shanghaier Führung zusammen

Der Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission der KPCh, der greise Wirtschaftsplaner Chen Yun (1905), traf am 15. Mai 1991 in Shanghai mit dem früheren Shanghaier Partei- und Regierungschef Zhu Rongji und dessen beiden Nachfolgern Wu Bangguo (Parteisekretär) und Huang Ju (Bürgermeister) zusammen und ließ sich Bericht erstatten über die gegenwärtige Entwicklung von Shanghai. Chen Yun, der aus Shanghai stammt, überreichte den drei Politikern je eine von ihm selbst kalligraphierte Schriftrolle mit dem Spruch: "Folgt nicht nur Euren Vorgesetzten, folgt nicht nur den Büchern, sondern folgt nur den Tatsachen; tauscht Erfahrungen aus, stellt Vergleiche an und macht das immer wieder." (RMRB, 17.5.91)

Während die *Volkszeitung* keinerlei Angaben über den Inhalt der Gespräche zwischen Chen Yun und der Shanghaier Führung machte, berichtete die Hongkonger *South China Morning Post* unter Berufung auf "Shanghaier Regierungsquellen", daß Chen Yun die Shanghaier Politiker davor gewarnt habe, zu weit von dem vorsichtigen Reformprogramm der Zentralregierung abzuweichen. "Ihr dürft nicht zulassen, daß die Leitlinie Eures Reformprogramms von kapitalistischen Ideen bestimmt ist", soll der Verfechter einer durch Marktelemente sanierten Planwirtschaft gefordert haben. Den Hintergrund für den Besuch von Chen Yun in Shanghai sollen drei Artikel in der lokalen Tageszeitung *Befreiung* (Jiefang Ribao) im März und April dargestellt haben, in denen ein schnelleres Reformtempo, mehr Mut zu Reformen und eine weitere "Befreiung des Denkens" gefordert worden waren. Verantwortlich für die Veröffentlichung der drei Artikel soll Zhu Rongji gewesen sein, was seine Anwesenheit bei dem Treffen in Shanghai erklären würde, da er seit Anfang April stellvertretender Ministerpräsident mit Sitz in Beijing ist. (SCMP, 20.5.91; IHT, 24.5.91)

Die in den von den orthodoxen Kräften kritisierten Artikeln vertretenen Ansichten sollen ursprünglich von Deng Xiaoping stammen, der in mehreren internen Spitzentreffen im Februar 1991 eine weitere "Befreiung des

Denkens" für notwendig erklärt haben soll. Bei einem Treffen mit Zhu Rongji soll Deng neue Reformmaßnahmen verlangt haben. Man müsse sich von jenem alten Denken verabschieden, daß Marktwirtschaft gleich Kapitalismus und zentrale Planwirtschaft gleich Sozialismus seien: "Zentrale Planung und Marktwirtschaft sind lediglich zwei verschiedene Methoden der Ressourcenverteilung." (SCMP, 4. und 17.5.91) -sch-

*(3)

Rückzug aller über 80jährigen aus der Politik im nächsten Jahr?

Die von der KPCh finanzierte und kontrollierte Hongkonger Tageszeitung *Da Gong Bao* kündigte in einem Kommentar am 10. April 1991 an, daß auf dem XIV. Nationalen Parteitag der KPCh in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres alle über 80jährigen Politiker von ihren Posten zurücktreten werden. Dies dürfte bedeuten, daß außer Staatspräsident Yang Shangkun und seinem Stellvertreter Wang Zhen nahezu die gesamte Zentrale Beraterkommission in Pension geschickt werden wird, darunter ihr Vorsitzender Chen Yun. Doch selbst wenn dies erreicht werden könnte, bleibt immer noch die Frage, ob und - wenn ja - welchen Einfluß die Veteranen, auch ohne irgendein politisches Amt auszufüllen, dann haben werden. -sch-

*(4)

Sechstes Kommuniqué über die wichtigsten Daten des Zensus von 1990

Wie geplant, hat das Staatliche Statistikamt der VR China im Mai 1991 die wichtigsten Ergebnisse der vierten Volkszählung vom 1. Juli 1990 auf der Grundlage von Computerauswertungen von zehn Prozent der Erhebungen veröffentlicht. Für die Auswertung wurden Daten aus allen 30 Provinzen des Festlandes verwendet. Die Ergebnisse wurden im 6. Kommuniqué über den Zensus von 1990 mit Datum vom 20. Mai 1991 bekanntgegeben (siehe RMRB, 21.5.91). Das Dokument enthält Angaben zu den folgenden fünf Größen: 1. Altersstruktur, 2. Beschäftigungssituation, 3. Familienstand, 4. Fruchtbarkeitsrate und 5. Migrationsbevölkerung.

1. Altersstruktur:

Dem Kommuniqué zufolge beträgt der Anteil der Bevölkerung im Alter von

0-14 Jahre 27,7%, der Anteil von 15-59 Jahre 63,71%, der Anteil ab 60 Jahre 8,59%, von denen der Anteil derjenigen im Alter von 65 und darüber 5,58% ausmacht. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt 25,25 Jahre. In den acht Jahren seit dem Zensus von 1982 hat der Anteil der 0-14jährigen um 5,89% abgenommen, während der Anteil der 15-59jährigen um 4,93%, derjenige der 60jährigen und darüber um 0,96% zugenommen hat. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung ist seit 1982 um 2,34 Jahre gestiegen.

Die Zahlen zeigen, daß die Bevölkerung seit dem dritten Zensus älter geworden ist, was auf die restriktive Geburtenregelung zurückzuführen ist. Als Anhang wird in dem Kommuniqué eine Tabelle geliefert, in der für jedes Alter von 0-85 und darüber der Anteil an der Gesamtbevölkerung - und zwar insgesamt und aufgegliedert nach Geschlecht - aufgelistet ist.

2. Beschäftigungssituation:

Der Anteil der Erwerbsbevölkerung im Alter ab 15 Jahre beträgt 79,09%. Zur Erwerbsbevölkerung zählen alle, die am 1. Juli 1990 eine feste Stellung hatten; ferner solche, die keine feste Stellung hatten, aber am 30. Juni 1990 in einem befristeten Arbeitsverhältnis waren, oder Leute, die im Juni 1990 mindestens 16 Tage gearbeitet und Lohn oder Einkommen bezogen hatten.

Der Anteil der nichterwerbstätigen Bevölkerung beträgt 20,91%. Zu den Nichterwerbstätigen (*bu zaiye*) zählen Studenten, Hausfrauen, Leute, die darauf warten, auf eine Schule zu gehen, städtische "auf Arbeit Wartende" (*daiye*), d.h. also Arbeitslose in Städten und Kleinstädten, Rentner sowie Leute, die ihre Stellung aufgegeben oder die Arbeitsfähigkeit verloren haben. Unter den Nichterwerbstätigen nehmen Studenten 4,84%, Hausfrauen 8,46%, Leute, die auf den Schuleintritt warten, 0,29%, städtische Arbeitslose 0,71%, Rentner und solche, die ihre Stellung aufgegeben haben, 2,64%, Leute, die die Arbeitsfähigkeit verloren haben, 3,46% und andere Arbeitslose 0,51% ein. Gegenüber 1982 ist der Anteil der Erwerbsbevölkerung um 0,86% gestiegen, der der Studenten um 0,89%; der Anteil der Hausfrauen sank um 3,56%, der Anteil derjenigen, die auf einen Schuleintritt warten, um 0,07%. Der Anteil der städtischen Arbeitslosen hat sich in den acht Jahren

um 0,20% erhöht, der der Rentner und derjenigen, die ihre Stellung aufgegeben haben, um 0,92% und der Anteil derjenigen, die die Arbeitsfähigkeit verloren haben, um 0,62%.

Aufgeteilt nach Sektoren, untergliedert sich die Erwerbsbevölkerung auf dem Festland in 71,99% im Primärsektor (Land-, Forst-, Vieh- und Fischwirtschaft) Beschäftigte, 15,32% im Sekundärsektor (Industrie, Bergbau und Baugewerbe) Beschäftigte und 12,69% im Tertiärsektor (Dienstleistungsgewerbe und Verwaltung) Beschäftigte. Im Vergleich zu 1982 ist der Anteil der im Primärsektor Beschäftigten um 1,68% und der im Sekundärsektor Beschäftigten um 0,67% zurückgegangen, während der Anteil der im Tertiärsektor Beschäftigten um 2,35% angewachsen ist.

Zu den Angaben ist zu bemerken, daß in der Erwerbsbevölkerung sowohl diejenige auf dem Lande als auch diejenige in den Städten zusammengefaßt ist. Bei dem genannten Anteil der Arbeitslosen in den Städten handelt es sich um den Anteil der Arbeitslosen an der Nichterwerbsbevölkerung, also nicht um die Arbeitslosenquote als solche. Diese liegt weitaus höher: 1989 lag sie in den Städten bei 2,6%.

3. Familienstand:

Dem Kommuniqué zufolge waren 1990 25,13% der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren an aufwärts noch nicht verheiratet, 68,15% waren verheiratet, 6,13% verwitwet und 0,59% geschieden. Im Vergleich zu 1982 sank der Anteil der Nichtverheirateten um 3,44%, der der Verheirateten stieg um 4,47% an, der der Verwitweten sank um 1,03%, während der der Geschiedenen gleichgeblieben ist.

4. Fruchtbarkeitsrate:

Die totale Fruchtbarkeitsrate der Frauen lag 1989 bei 2,25. 1982 hatte sie noch einen Wert von 2,58, d.h. sie ist um 0,33 gesunken. Von den Frauen, die 1989 ein Kind in die Welt setzten, gebaren 49,51% ihr erstes Kind, 31,17% ihr zweites Kind und 19,32% ihr drittes Kind oder darüber. Verglichen mit 1981, stieg der Anteil der Erstkinder um 2,27%, derjenige der Zweitkinder stieg um 5,57%. Der Anteil der Drittkinder und darüber sank um 7,84%. 1989 betrug von den Frauen im gebärfähigen Alter das Durchschnittsalter bei der Geburt ihres ersten Kindes 23,42, das waren 0,84 Jah-

re früher als 1981. Auf dem Lande betrug das Durchschnittsalter bei der Erstgeburt 22,93, das waren 0,84 Jahre früher als 1981.

Bemerkenswert ist, daß fast ein Drittel der Kinder, die 1989 geboren wurden, Zweitkinder waren und daß Zweitgeburten eine steigende Tendenz haben. In den Städten dominiert zwar die Ein-Kind-Familie, aber auf dem Lande sind zwei und mehr Kinder immer häufiger anzutreffen.

5. Migrationsbevölkerung:

Zwischen dem 1. Juli 1985 und dem 1. Juli 1990 betrug der Anteil der Wanderbevölkerung, die ihren ständigen Wohnsitz in einen anderen Kreis oder eine andere Stadt verlegte, 2,99% der Gesamtbevölkerung auf dem Festland. (Laut Erläuterung bezieht sich der Ausdruck Wanderbevölkerung zum einen auf Leute, die die Meldeformalitäten bereits erledigt haben, also ein neues Haushaltsregister haben, zum anderen auf Leute, die ihren Wohnsitz verändert haben, aber noch kein neues Haushaltsregister haben, obwohl sie ihren ehemaligen Haushalt schon vor mehr als einem Jahr verlassen haben.) Von dieser Wanderbevölkerung sind 48,53% vom Lande in Städte und Kleinstädte und 4,15% von Städten und Kleinstädten aufs Land gezogen; 33,26% zogen von einer Stadt oder Kleinstadt zur anderen und 14,06% zogen von einem ländlichen Gebiet zu einem anderen. Zur Definition von Stadt (*shi*) und Kleinstadt (*zhen*) wird angemerkt: Mit *shi* werden bei Städten mit Bezirkseinteilung die Stadtbezirke sowie bei Städten ohne Bezirkseinteilung die Straßenviertel bezeichnet. *Zhen* bezieht sich auf Orte mit Einwohnerkomitees, die entweder einer Stadt ohne Bezirkseinteilung oder einem Kreis unterstehen. Unter "Land" oder "ländliche Gebiete" (*nongcun*) werden hier Dörfer mit Einwohnerkomitees verstanden, die entweder einer Stadt ohne Bezirkseinteilung oder einem Kreis unterstehen.

Die unter diesem Punkt genannte Größe der Wanderbevölkerung von rund 3% würde bedeuten, daß es in China eine Wanderbevölkerung von etwa 33 Millionen gibt. Wahrscheinlich liegt die Zahl wesentlich höher; inoffizielle Schätzungen reichen bis zu 50 Millionen (AWSJ, 7.5.91). Im übrigen erweist sich der Anteil von 3% im Vergleich zu den im 5. Kommuniqué gemachten Angaben zur Registrierung

der Bevölkerung (vgl. C.a., 1990/12, Ü 15) als nicht stimmig. Zählt man die dort genannten Kategorien von Einwohnern, die nicht an ihrem gemeldeten Wohnsitz leben, zusammen, so ergibt sich höchstens ein Prozentsatz von 2,62. Diese Unstimmigkeit erklärt sich daraus, daß im 6. Kommuniqué die Wanderbevölkerung auch Leute umfaßt, die bereits ein neues Haushaltsregister erworben haben, also legal umgezogen sind, während die im 5. Kommuniqué genannten Kategorien sich ausnahmslos auf Leute beziehen, die sich nicht an den Orten aufhalten, wo sie registriert sind, wobei jedoch auch diese Gruppen nicht durchweg mit der Wanderbevölkerung gleichgesetzt werden können. -st-

Kultur

*(5)

Technische Sekundarschulen immer beliebter

Der große Zulauf, den die Hochschulen vor einigen Jahren erlebten, wird gegenwärtig in China durch einen Andrang auf die technischen Schulen der Sekundarstufe abgelöst. Dies geht aus einem kürzlich in Hongkong erschienenen Bericht hervor (Zhongguo Tongxun She, 6.5.91, nach SWB, 8.5.91). Die Beliebtheitskurve der technischen Schulen, den Ausbildungsstätten für Facharbeiter, begann zuerst in Shanghai zu steigen und ging dann auf andere Landesteile über. Immer mehr Schüler entscheiden sich anstelle eines Hochschulstudiums für den Besuch einer technischen Sekundarschule. Der Hauptgrund soll darin liegen, daß die Schüler nicht gewillt sind, nach Absolvierung eines Hochschulstudiums eine Stellung außerhalb Shanghais zugewiesen zu erhalten. (Bekanntlich wird der größte Teil der Hochschulabsolventen neuerdings unterhalb der Provinzebene eingesetzt und nur ein geringer Teil erhält staatliche Stellen in den Städten; vgl. C.a. 90/4, Ü 17.) Aus demselben Grunde interessieren sich viele Schüler nun sogar für die in der Vergangenheit höchst unbeliebten pädagogischen Hochschulen.

Der Bericht nennt noch weitere Gründe: Viele Schüler und ihre Eltern befürchten, daß sie, wenn sie bei der

Aufnahmeprüfung für die Hochschule durchfallen, keine Stellung erhalten. Anstatt also drei Jahre eine allgemeinbildende Sekundarschule zu besuchen, gehen sie lieber gleich auf eine technische Sekundarschule, weil sie dann die Gewähr haben, eine Stelle zu bekommen und in der Stadt bleiben zu können. Selbst Mädchen denken so, vor allem aber die Eltern, insbesondere solche, die nur ein Kind haben, weil dieses dann bei ihnen wohnen bleiben kann. Schüler vom Lande besuchen ebenfalls gern technische Schulen, um ihr ländliches Haushaltsregister in ein städtisches umzuwandeln.

Außerdem lockt der gute und schnelle Verdienst. Ein Hochschulabsolvent verdient nach jahrelangem Studium 70 - 80 Renminbi. Der Absolvent einer technischen Schule steht als Facharbeiter nicht schlechter da, wenn man den früheren Eintritt ins Berufsleben und die Lohnsteigerungen dieser Jahre berücksichtigt. Zudem hat er ein längeres Berufsleben aufzuweisen, was sich wiederum positiv auf die Zuweisung von Wohnraum, Lohnsteigerungen und den Erwerb professioneller Titel auswirkt. Im übrigen hat er auch die Möglichkeit der Fortbildung im Rahmen der Erwachsenenbildung. Der Vorteil liegt darin, daß er dann bei Lohnfortzahlung studieren kann und sich nicht um eine Stelle zu sorgen braucht.

Der Bericht erwähnt eine Erhebung, derzufolge bei Jugendlichen, die eine Stelle suchen, die Betonung auf leichter Arbeit, höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen liegt. Diese Werte, die weit entfernt sind vom opferungsvollen Dienst am Volk, den die Partei fordert, passen zu den Gründen, weshalb die technischen Schulen so beliebt geworden sind.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß sich aufgrund der neuen Entwicklung schon jetzt Probleme abzeichnen beginnen. Auf der einen Seite steigt die Qualität der Schüler, die nach Absolvierung der allgemeinbildenden Mittelschulunterstufe in eine technische Sekundarschule überwechseln; viele von ihnen wären durchaus für ein Hochschulstudium geeignet. Auf der anderen Seite ergibt sich auf der allgemeinbildenden Mittelschuloberstufe eine anormale Situation, weil sich ein Mangel an qualifizierten Bewerbern für ein Hochschulstudium abzeichnet. Der Trend geht sogar dahin,